



*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,*

vor genau zwei Jahren, im September 2013, wurde ich erneut als Ihr Abgeordneter in den Deutschen Bundestag gewählt. Dies möchte ich zum Anlass nehmen, mich für Ihr weiterhin in mich gesetztes Vertrauen zu bedanken. Zur Halbzeitbilanz der Großen Koalition werde ich in Mannheim zwei Vorträge halten, zu denen ich Sie herzlich einlade (nähere Informationen finden Sie unter ‚Relevantes aus und für Mannheim‘).

Über die aktuellen politischen Geschehnisse aus Berlin und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin gebe ich in diesem Bericht aus Berlin einen Einblick. Jederzeit können Sie auch einen Überblick über meine politische Arbeit auf meiner Homepage oder auf meiner Facebookseite gewinnen.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. [Herausforderung der ansteigenden Flüchtlingszahlen](#)
2. [Die Woche im Parlament](#)
3. [Relevantes aus und für Mannheim](#)

1. Herausforderung der ansteigenden Flüchtlingszahlen

Angesichts der hohen Zahl der Flüchtlinge stehen Deutschland und Europa vor großen Herausforderungen. Deshalb setzte die Bundesregierung darauf, in dieser Woche bei den Beratungen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union einen erheblichen Schritt weiterzukommen. Bei dem Treffen der Regierungschefs wurden Milliardenhilfen beschlossen. Auch verstärkte Grenzkontrollen sind geplant, so ein gemeinsames Papier der Teilnehmer. Dafür würden Frontex- und Europolmitarbeiter eingesetzt sowie Sicherheitskräfte der Mitgliedsstaaten. Viele Flüchtlinge erreichen Europa über die sogenannte Westbalkanroute. Zu dieser wird es am 8. Oktober eine Konferenz geben. Den Staaten der Region soll zudem geholfen werden, die Situation zu bewältigen. Die Lasten in Europa müssen gerecht verteilt werden und die europäischen Regelungen von Schengen und Dublin müssen eingehalten werden.

Hierzu trafen sich die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten der Länder zum so genannten Flüchtlingsgipfel mit der Aussicht einer Einigung auf gemeinsame Lösungen durch Bund und Länder. Die Koalition hat ein Gesetzespaket vereinbart, das deutlich die Handschrift der Union trägt. Es wird erwartet, dass dies auch mit den Ländern umgesetzt werden kann. Dieses Gesetzespaket entspricht dem Grundsatz der CDU/CSU-Fraktion, denjenigen zu helfen, die ein Bleiberecht in unserem Land haben, und diejenigen schnellstmöglich zurückzuschicken, die hier nicht bleiben können.

Den zahlreichen hauptamtlichen Mitarbeitern und ehrenamtlichen Helfern wird größter Dank ausgesprochen. Ohne sie ist diese Herausforderung nicht zu bewältigen.

2. Die Woche im Parlament

Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin

Das Plenum in dieser Woche begann mit der Debatte zur Regierungserklärung der Bundeskanzlerin, die das Parlament über die Ergebnisse des Treffens der EU-Staats- und Regierungschefs in Brüssel sowie über die Verabschiedung der neuen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen durch die VN-Vollversammlung vom 25.-27. September 2015 in New York informierte. Diese Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen lösen die sogenannten Jahrtausendentwicklungsziele ab und stellen somit die globalen entwicklungspolitischen Leitlinien für die Jahre 2015-2030 dar. Es soll unter anderem darauf hingearbeitet werden, Armut und Hunger zu beenden, Menschenrechte zu schützen und die Selbstbestimmung der Menschen zu stärken.

Entwurf des Abwicklungsmechanismusgesetzes

In zweiter und dritter Lesung hat der Bundestag den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Anpassung des nationalen Bankenabwicklungsrechts an den Einheitlichen Abwicklungsmechanismus und die europäischen Vorgaben zur Bankenabgabe beschlossen. Hierbei handelt es sich um den letzten Teil des Maßnahmenpakets zur Bankenunion. Das Gesetz dient in erster Linie der Anpassung des nationalen Rechts an die unionsrechtlichen Vorgaben und stellt sicher, dass der einheitliche europäische Bankenabwicklungsmechanismus pünktlich zum 1. Januar 2016 an den Start gehen kann. Künftig sollen durch eine sogenannte „Bail-In-Regelung“ hauptsächlich Eigentümer und Gläubiger einer in Schieflage geratenen Bank in Haftung genommen und der Einsatz von Steuergeldern möglichst vermieden werden.

Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-Operation EUNAVFOR MED

Im Rahmen des ganzheitlichen Ansatzes der Regierungskoalition zur Bewältigung der Flüchtlingsproblematik hat der Deutsche Bundestag den Antrag der Bundesregierung beraten, bis zu 950 deutsche Soldaten als Teil der Gesamtinitiative der EU zur Unterbindung des Geschäftsmodells der Menschenschmuggel- und Menschenhandelsnetzwerke im südlichen und zentralen Mittelmeer zu entsenden. Dazu sollen auf hoher See Schiffe und an Bord befindliche Gegenstände, die von Schleusern oder Menschenhändlern benutzt werden, im Einklang mit dem anwendbaren Völkerrecht ausgemacht und beschlagnahmt werden. Dieses Mandat zur Bekämpfung krimineller Schleuseraktivitäten ist dabei bis Ende Oktober 2016 befristet und ist Teil des europäischen Gesamtansatzes zur Flüchtlingspolitik: Dieser umfasst neben der Schleuserbekämpfung im Mittelmeer insbesondere auch die Seenotrettung, zu der die Bundeswehr seit Mai 2015 einen wichtigen Beitrag leistet, indem sie bereits über 7.200 Menschenleben retten konnte.

3. Relevantes aus und für Mannheim

Halbzeitbilanz der Großen Koalition

Am 26. September und am 17. Oktober werde ich über die Halbzeitbilanz der Großen Koalition berichten.

Ich werde zum einen über den Mindestlohn, die Rente mit 63, die Mütterrente, die Vorhaben im Bereich von Gesundheit und Pflege oder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sprechen. Zum anderen werde ich auch zu aktuellen Themen wie der Flüchtlingspolitik referieren und einen Einblick in meine parlamentarische Arbeit geben. Neben den Anliegen Mannheims und der Metropolregion an den Bund werde ich Ihnen, liebe Bürgerinnen und Bürgern, Gelegenheit

geben, Ihre Anregungen und Fragen vorzutragen, um Sie an die politischen Verantwortlichen in Berlin weiterzuleiten. Ich freue mich auf Ihr Kommen!

Details zu den Terminen:

26. September 2015 um 15 Uhr, Café Bette im Rebstock, Kriegerstraße 25 in 68307 Mannheim

17. Oktober 2015 um 15 Uhr, Restaurant Krautwickel, Mallaustraße 111 in 68219 Mannheim

Zweifel an Benjamin-Franklin-Village als Flüchtlingsunterkunft

Die Unterzeichnung des am 10. September zwischen der Stadt Mannheim und dem derzeitigen Eigentümer des Benjamin-Franklin-Geländes, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), ausgehandelten Kaufvertrags ist aufgrund der dort geplanten Ansiedlung einer Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Gefahr. Ich habe erhebliche Zweifel, ob es sich beim Benjamin-Franklin-Village um den richtigen Mannheimer Standort für eine Flüchtlingsunterkunft handelt.

Dies nahm ich zum Anlaß, mich in einem Schreiben an Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière MdB zu wenden, um zu erfahren, ob seitens seines Hauses Druck auf die BImA ausgeübt wurde, den ausgehandelten Kaufvertrag aufgrund der aktuellen Situation plötzlich nicht zu unterzeichnen. Ich informierte den Minister, daß zur Entwicklung des 140 Hektar umfassenden Geländes rund 20 Investoren bereitstehen, die verbindlich ein Investitionsvolumen von nahezu einer Milliarde Euro zugesagt haben. Zudem wies ich auf die Gefahr der Abschreckung von Investoren aufgrund der eingetretenen Unsicherheit hin. Ich verdeutlichte dem Minister die städtebauliche Relevanz des Projekts und forderte ihn auf, Alternativstandorte für die Flüchtlingsunterbringung zu untersuchen.

Mir ist unverständlich, weshalb man das Benjamin-Franklin-Village als Erstaufnahmeeinrichtung gewählt hat, wo doch gerade hier die Pläne zur Konversion am weitesten fortgeschritten sind. Ich habe dem Minister gegenüber die Spinelli- und die Hammonds-Barracks als Alternativen genannt, denn hier sind die Pläne für die künftige Verwendung bei weitem noch nicht so fortgeschritten wie beim Benjamin-Franklin-Village. Wenn das Projekt „Benjamin-Franklin-Village“ scheitert, dann können wir sämtliche Konversionspläne in Mannheim, gerade auch angesichts der erneuten Inanspruchnahme des Coleman-Airfields durch die US-Armee, vergessen.



Moll-Gymnasium zu Besuch in Berlin

Am 24. September besuchten 25 Schülerinnen und Schüler des Moll-Gymnasiums mit ihren Lehrern Jürgen von Beeren und Dominik Stieber den Deutschen Bundestag. Zu Beginn ihres Besuches verfolgte die Klasse eine Bundestagsdebatte von der Besuchertribüne des Deutschen Bundestages. Daran schloss sich der Besuch der Reichstagskuppel an, von der sich bei schönstem Herbstwetter ein beeindruckender Blick über Berlin bot. Nach einem Essen im Besucherrestaurant des Bundestages hatten die Schülerinnen und Schüler Gelegenheit, mit einem meiner Mitarbeiter ins Gespräch zu kommen. Er erläuterte den Tagesablauf eines Abgeordneten während einer Sitzungswoche und stellte die Aufgaben eines Abgeordneten und die seiner Mitarbeiter dar. Besonderes Interesse zeigten die Schüler an meinen Schwerpunkten, meiner Arbeit im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und im Auswärtigen Ausschuss. Die aktuelle Diskussion um Griechenland und die Flüchtlingsdebatte waren weitere Schwerpunkte des Gespräches.



Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an:

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 / 227 – 722 91
E-Mail: egon.juettner@bundestag.de
Internet: www.egon-juettner.de